

Symposium „Demokratie ohne Parteien?“ des Bürgervereins Demokratieort Paulskirche e.V. am 16. Juli 2022

In vier Vorträgen namhafter Historiker und einer anschließenden Podiums- und Publikumsdiskussion hat der Bürgerverein sich in einem öffentlichen Symposium mit der Frage auseinandergesetzt, welche Rolle die politischen Parteien in den großen Umbruchssituationen der neueren deutschen Geschichte (1848/49, 1918/19, 1945–49 und 1989/90) gespielt haben und welche Schlüsse sich daraus für das Wirken von Parteien in der Gegenwart ziehen lassen.

Deutlich wurde dabei unter anderem:

- o dass die Einführung einer demokratischen Ordnung in Deutschland von Anfang an und dann stets wieder auf das Engste mit der Ausbildung eines modernen Parteiensystems verbunden war, das sich gegen konkurrierende Modelle politischer Willensbildung – wie etwa die Räte 1918/19 – durchsetzte. Je klarer strukturiert die Parteienlandschaft war, desto stabiler die demokratische Ordnung.
- o Das Parteiensystem hat durch seine prinzipielle Offenheit meist der Demokratie förderliche gesellschaftliche Entwicklungen begünstigt, etwa den Aufstieg der Arbeiterbewegung, die Überwindung der konfessionellen Spaltung oder den neuen politischen Ansatz der Umweltbewegung. Es kann jedoch als Spiegel gesellschaftlichen Wandels auch durch antidemokratische Kräfte herausgefordert und gefährdet werden.
- o Die Akzeptanz und Funktionalität von Parteien hängt entscheidend davon ab, wie gut sie kulturell in der Wählerschaft verankert sind und ob sie es schaffen, neue gesellschaftliche Trends in sich aufzunehmen.
- o Genauso wichtig für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie ist das gesetzliche Regelwerk, das die Aktivitäten von Parteien und den politischen Wettstreit insgesamt regelt (z.B. 5%-Hürde, konstruktives Misstrauensvotum, Wahl des Bundeskanzlers durch das Parlament).

Zu den Aufgaben des „Hauses der Demokratie“ sollten deshalb auch gehören:

- o eine besondere Befassung mit der Frage der Selbstorganisation einer demokratischen Gesellschaft in der Breite ihrer Möglichkeiten. Erst ein Vergleich macht deutlich, warum Vereinen und Parteien als politischen Vereinen eine zentrale Rolle zukommt: Sie sorgen für kontinuierliche, effektive



Geschäftsstelle
Bürgerverein Demokratieort Paulskirche e.V.
Cronstettenstr. 57–61
60322 Frankfurt am Main

Telefon
069 271 343 354

Mail
info@demokratieort-paulskirche.de

Web
www.demokratieort-paulskirche.de

Bankverbindung
Frankfurter Volksbank eG

IBAN
DE14 5019 0000 7300 0164 69

Vereinsregister
Frankfurt am Main VR 16956

Vorstand
Bettina M. Wiesmann (Vorsitzende)
Dr. Thomas Dürbeck (stellv. Vorsitzender)
Andreas Krebs (Schatzmeister)
Uta Rasche

Kuratorium
Burkhard Balz (Vorsitzender)
Wolf-Dieter Adlhoch
Clemens Greve
Prof. Dr. Dieter Hein
Dr. Stefan Ruppert

Artikulation von Interessen und gründen selbst auf freier demokratischer Willensbildung.

- o die Vermittlung der Notwendigkeit der Organisation politischer Willensbildung, in gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen; die Reflexion von Erfolgsfaktoren und Herausforderungen, die sich aus der Professionalisierung von Organisationen ergeben. Die Geschichte der Parteien in Deutschland und Europa bietet hierfür eindrucksvolle Beispiele, sie zeigt, dass neue Herausforderungen immer wieder neue Lösungen erfordern, aber auch, dass professionelle Politik an Selbst-überschätzung scheitern kann.
- o die Thematisierung der historischen Fraktionen- und Parteienbildung im Revolutionsjahr 1848/49, ergänzt um eine Einbeziehung der historischen Orte, an denen dieser Prozess stattgefunden hat (auch virtuell, da viele dieser Orte nicht mehr erhalten sind).
- o die Thematisierung des Wiederaufbaus der Paulskirche 1946-1948 auch unter dem Aspekt gesellschaftlicher Organisation, einschließlich der Rolle der Parteien, nicht zuletzt der SED und ihrer Ambition, Einfluss auf die Neugründung der Demokratie in Deutschland zu nehmen.
- o die Einbeziehung von Elementen praktischer Vereins- und Parteiarbeit in das Themenspektrum praxisorientierter politischer Bildung, ggf. mit überparteilicher Mitwirkung von Mandats- und Funktionsträgern der heutigen Parteien und ihrer Jugendorganisationen.